

Die Uno am Scheideweg

Kein Glückwunsch, aber eine Aufforderung zur Reform

VERA LENGSFELD

In den Wochen vor den New Yorker Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Uno wollte Feststimmung nicht aufkommen. Im Gegenteil gelangten die Vereinten Nationen an einen Tiefpunkt, was ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit angeht. Denn die Weltorganisation hat sich seit Jahren in Bosnien-Herzegowina in eine Lage manövriert, die für ihren Fortbestand bedrohlich werden könnte. Auch die spät, zu spät, gezeigte Entschlossenheit, das Los Sarajevos durch Luftangriffe auf ausgewählte militärische Ziele auf dem Gebiet der Belagerer zu lindern, kann das triste Bild, das sich im Sommer des Jubiläumjahres geboten hatte, bisher noch nicht nachhaltig aufhellen.

Trauriger Sommer für Bosnien

Mit dem Fall der UN-Schutzzone Srebrenica nahm die Glaubwürdigkeit der von der Uno verfolgten Politik endgültig schweren Schaden. In unzähligen Resolutionen hatte der UN-Sicherheitsrat seine Entschlossenheit bekräftigt, die Bevölkerung der von ihm selbst proklamierten Schutzzonen mit allen notwendigen Mitteln vor der serbischen Aggression zu schützen – und dann Srebrenica und Zepa kampfflos der bosnisch-serbischen Soldateska überlassen. Diese begann noch unter den Augen der UN-Blauhelmsoldaten unverzüglich mit Massenmord, Vertreibung und Vergewaltigung. Besonders



*Vera Lengsfeld, M. A.,
geb. am 4. Mai 1952
in Sondershausen,*

ist Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt ›Bündnis 90/Die Grünen‹ in dessen Umweltausschuß. Nach dem Abitur in Berlin studierte sie in Leipzig und Berlin und erlangte 1975 den Abschluß Diplom-Philosophin. Danach war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR und als Lektorin beim Verlag ›Neues Leben‹ tätig. 1983 erhielt sie Berufsverbot und wurde aus der SED, der sie seit 1975 angehörte, wegen ihrer öffentlichen Stellungnahme gegen die Stationierung von Atomraketen in der DDR ausgeschlossen. Als Mitinitiatorin der kirchlichen Friedensbewegung wurde sie 1988 verhaftet und nach England abgeschoben; am 9. November 1989 kehrte sie in die DDR zurück. 1990 war sie Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches und wurde in die Volkskammer gewählt. Seit dem 3. Oktober 1990 gehört sie dem Deutschen Bundestag an.

demütigend war, daß die Eroberung Srebrenicas keinen wirklichen militärischen oder ökonomischen Nutzen hatte: Stadt und Dörfer der Umgebung sind zerstört, das Hügelland ist für Ackerbau kaum brauchbar. Selbst die einzige Hauptverkehrsstraße, um die es den serbischen Militärs angeblich gegangen sein soll, wenn man den verzweifelten Erklärungen von UN-Sprechern Glauben schenken will, ist strategisch kaum bedeutend.

Das eigentliche Ziel der Serben war es wohl, die Weltorganisation ein weiteres Mal vorzuführen. Es ist ihnen gelungen: Der Zerstörung einer kompletten UN-Schutzzone stand die Zerstörung von zwei Panzern der bosnischen Serben gegenüber. Verheerender konnte das Ergebnis für die Uno nicht sein. Die Bemühungen, die Katastrophe wenigstens in Grenzen zu halten, waren allerdings gering. So akzeptierte die Londoner Konferenz über das ehemalige Jugoslawien nicht nur den Fall von Srebrenica, sondern überließ auch noch Zepa, das gerade von den Serben erobert wurde, seinem Schicksal.

Dies veranlaßte den Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, Tadeusz Mazowiecki, sein Mandat niederzulegen. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz, die den Fall von Srebrenica akzeptiert und Zepa seinem Schicksal überlassen hatte, waren – wie Mazowiecki in seinem Brief an Generalsekretär Boutros-Ghali resümierte – für ihn nicht akzeptabel; diese Beschlüsse schufen nicht die notwendigen Bedingungen für die Verteidigung der Schutzzonen. Zugleich machte Mazowiecki auf einen erschreckenden Punkt in der Entwicklung der Situation in Bosnien aufmerksam. Die Welt hat es hier nämlich nicht nur mit dem Kampf eines völkerrechtlich anerkannten Staates und UN-Mitglieds um sein Überleben zu tun, sondern mit der Aufgabe, die Prinzipien der internationalen Ordnung, die auf den unveräußerlichen Menschenrechten beruht, zu schützen.

Radovan Karadžić und seine Milizen höhnen die Idee der Weltgemeinschaft aus. Zur Staatengemeinschaft, zur Verteidigung der unveräußerlichen Menschenrechte gibt es keine Alternative. Deshalb gerät die Uno in eine Krise, wenn sie nicht endlich überzeugend in den Krieg in Bosnien eingreift. Denn, so Mazowiecki, in Anbetracht der mangelnden Konsequenz und des fehlenden Mutes der internationalen Gemeinschaft und ihrer Verantwortlichen kann man nicht mit einem Anspruch auf Glaubwürdigkeit vom Schutz der Menschenrechte sprechen.

Negative Rolle des Sicherheitsrats

Die Realität der Menschenrechtssituation wird durch die Tragödie der Menschen von Srebrenica und Zepa illustriert. Tatsache ist, daß die Uno Ermordung, Vertreibung und Vergewaltigung von Zehntausenden Menschen hingenommen hat und hinnimmt. Sie hat es zugelassen, daß ein einheitliches Handeln durch die unterschiedlichen Interessen einiger Mitglieder des Sicherheitsrats verhindert wurde und wird. Sie läßt sich von Rußland blockieren, dem schon deshalb nicht an der Wahrung der Menschenrechte in Bosnien liegt, weil es in Tschetschenien eine ähnliche Politik verfolgt wie die Serben in Bosnien. Sie hat es zugelassen, daß in wieder neuen Teilungsplänen die serbische Aggression belohnt und damit legitimiert werden soll. Aber sie hat sich im Laufe der letzten drei Jahre mit dem Versuch, einen nichtexistenten Frieden unparteiisch zu schützen und die eigene

Ohnmacht zu vertuschen, nicht nur zur Duldung der Verbrechen in Bosnien-Herzegowina instrumentalisieren lassen. Sie hatte sich faktisch zur Schutztruppe der serbischen Aggressoren gemacht, indem sie die bosnische Regierung unter Druck gesetzt hatte, in den Schutz-zonen die Waffen niederzulegen, während sie gleichzeitig nicht wil-lens war, die serbischen Eroberer zu stoppen und ein Überleben der Enklaven zu sichern.

Der Auftrag an die UN-Schutztruppe UNPROFOR war von Anfang an unzureichend; ihre Entsendung war eher ein Ausdruck eines schlechten Gewissens als einer klaren Politik. Die Blauhelmsoldaten erhielten nicht das Recht, Hilfskonvois zu schützen und die lebens-notwendigen Versorgungswege offenzuhalten. Sie dürfen nicht ein-mal der bedrohten Bevölkerung zu Hilfe kommen, wenn sie von den Söldnern abgeschlachtet wird. Sie müssen Menschen, die in ihren Stützpunkten Schutz suchen, wegschicken.

Was wird eigentlich diesen jungen Soldaten zugemutet, die mit an-sehen müssen, wie die Bevölkerung eines ganzen Dorfes niederge-metzelt wird, die sterbende Kinder schreien hören («Kinder brau-chen am längsten zum Sterben», so der Kommentar des britischen Presseoffiziers Miles) und erst in das Dorf geschickt werden, um die Leichen zu bergen, wie in Ahmidei bei Vitez in Mittelbosnien ge-schehen? Die serbische Seite hat die Unzulänglichkeit der UN-Poli-tik schnell erkannt und sich zunutze gemacht, indem sie die Blau-helmträger immer wieder als Werkzeug oder Geiseln ihrer Politik benutzte.

Ein weiteres Problem kommt hinzu. Die Welt hat sehr genau regi-striert, daß in der gefährlichsten Region Bosniens, im Kessel von Bi-hač, 1 200 UN-Soldaten aus islamischen Ländern hungrig und fast ohne Waffen saßen – allein gelassen von ihren gutausgerüsteten französischen, britischen, russischen Kameraden, die wenigstens die politische Rückendeckung ihrer Regierungen genießen und auf de-ren Macht vertrauen können. Im August 1995 ist die Umklammerung von Bihač gelöst worden. Aber nicht die NATO, die mächtige militärische Verbündete der Uno, hat das bewirkt, sondern kroati-sche Soldaten haben es erreicht, als Kroatien, des langen Hin-gehaltenwerdens und des endlosen Taktierens müde, selbst ein Jahre altes Versprechen der Vereinten Nationen einlöste: die von den Ser-ben eroberte und ethnisch gesäuberte Krajina wieder dem kroati-schen Staatsverband anzugliedern. Nebenbei haben die kroatischen Soldaten die Legende von der Unbesiegbarkeit der bosnischen Ser-ben zerstört, die so gern von westlichen Militärs und Diplomaten als Grund für die angebliche Unmöglichkeit, die serbische Aggression militärisch zu stoppen, behauptet wurde.

Dennoch sind die Ereignisse des Sommers 1995 in Bosnien noch nicht, wie es Tadeusz Mazowiecki wenigstens hoffen wollte, end-gültig zum Wendepunkt in der Haltung des Westens in Bosnien ge-worden. Im Gegenteil: nun, da der serbische Aggressor das erste Mal in diesem Krieg der Verlierer war, beeilte sich die westliche Diplo-matie, ihm mit einem neuen Teilungsplan zu Hilfe zu kommen. Die-ser Plan sah das faktische Verschwinden des Staates Bosnien-Herze-gowina vor, indem 49 vH dem serbischen und 51 vH dem musli-misch-kroatischen Bestandteil einer Konföderation angehören sol-len. Wenn dieser Plan durchgesetzt werden sollte, würde den Musli-men ihr eigener Staat entzogen. Wenn aber in Europa kein Platz für Bosnien ist, dann ist Europa selbst in Gefahr.

»Wir haben in Polen gegen ein totalitäres System mit der Vision ei-nes Europa von morgen gekämpft. Wie können wir an ein Europa von morgen glauben, das von den Kindern der Menschen geschaffen wurde, die heute verlassen worden sind?«, fragt Tadeusz Mazo-wiecki am Ende seines Briefes an Boutros-Ghali, mit dem er seine Demission einreichte. Tatsächlich sind die westliche Welt und die UN einem »politischen Urknall« (Michael Wolffsohn) nähergerückt, ohne es zu bemerken.

Die Uno hat gezeigt, daß sie nicht bereit und in der Lage ist, Völ-

kermord zu unterbinden, eine Politik der Vertreibung zu stoppen, die im Rahmen des UN-Systems völkerrechtlich kodifizierten Men-schenrechte zu schützen. Die damit verbundene deutliche Ermuti-gung und Belohnung nationalistischer und rechtsradikaler Politik auf diesem Kontinent ist seit München ohne Beispiel. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg werden de facto in Europa Grenzen mit Waffengewalt und unter Zustimmung der internationalen Gemein-schaft verändert. Zugleich hat die Politik der UN in Bosnien den is-lamischen Fundamentalismus gefördert, den die westliche Welt mit Recht fürchtet. Das Desaster der Weltorganisation in Bosnien ge-fährdet die Stabilität der internationalen Ordnung und die konstituti-ven Prinzipien der Zivilisation. Es besteht die Gefahr einer negativen Vorbildwirkung für weitere Aggressionen, ethnische Säuberungen und Völkermorde. Die gewaltsame Ansiedlung von Krajina-Flücht-lingen im Kosovo durch Serbien zeigt bereits deutlich, wohin die weitere Konfliktentwicklung geht.

Höchste Zeit für die Demokratisierung der Vereinten Nationen

Schuld daran sind die Großmächte im Sicherheitsrat, die am alten Denken der Politik in Einflußsphären und Interessengebieten fest-halten, obwohl dieses seit 1989 angesichts der Entwicklungen in der Welt gänzlich unangemessen ist. Es wäre deshalb falsch, von einem Scheitern der Vereinten Nationen insgesamt zu sprechen. Aber es ist allerhöchste Zeit, die Uno für ihre gewachsenen Aufgaben zu stär-ken, sie zu reformieren, sie von der Gefahr, immer wieder zum Spiel-ball entgegengesetzter Großmachtinteressen zu werden, zu befreien. Wenn die Weltorganisation in die Lage versetzt werden soll, aktiv zur Bewältigung der globalen Krisen und zum Aufbau einer dauer-haften Friedensordnung beizutragen, ist eine grundsätzliche Stär-kung ihres politischen, rechtlichen und finanziellen Status erforder-lich. Die dazu notwendigen Reformen müssen auf der nationalen Ebene beginnen. Sie setzen neben einer stärkeren politischen und fi-nanziellen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten deren grundsätz-liche Bereitschaft zur Übertragung von Kompetenzen an die Weltor-ganisation voraus. Dazu gibt es keine Alternative, außer daß die Uno weiter bei sinkendem Ansehen globale Probleme bestenfalls verwal-tet, nicht aber löst.

Eine gestärkte Uno dagegen könnte langfristig die Zivilisierung der internationalen Politik fördern, der Durchsetzung nationalstaatlicher Partikularinteressen entgegenwirken und als Ort der ökonomischen Angleichung zwischen Nord und Süd dienen. Grundvoraussetzung

In den ersten Jahren ihrer Existenz fehlte den Vereinten Nationen ein eigener Sitz; von März bis Juni 1946 war das Sekretariat im Hunter College in der New Yorker Bronx untergebracht.

